

Was uns stark macht: Ideen, Vielfalt, Solidarität.

Zeitung zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2016
für den Altmarkkreis Salzwedel

DIE LINKE.



Gysi kommt

Wahlkampfabschluss am
11. März, 16 Uhr, CinemaxX
im Charlottencenter, Halle
www.dielinke-sachsen-anhalt.de



Post von Bodo Ramelow an Wulf Gallert

»Du willst das, und Du kannst
das, davon bin ich fest
überzeugt.« **Seite 2**

Für einen starken Altmarkkreis Salzwedel!

Unsere Kandidatinnen und
Kandidaten. Unsere Ideen.
Unsere Ziele. **Seite 3 bis 6**

Ich kann. Ich will. Ich werde.

1963 in Havelberg geboren, dort aufgewachsen und der Stadt bis heute verbunden. In Magdeburg und Leipzig studiert, Lehrer geworden, später noch Politikwissenschaften in Magdeburg studiert, in Havelberg ein Jugendzentrum geleitet. Immer politisch gedacht und gehandelt, 1990 mit dem Satz »Jetzt erst recht« politisch aktiv geworden. Erfahrungen in der Kommunalpolitik in Havelberg und Stendal gesammelt und 1994 Landtagsabgeordneter der PDS geworden. Als Parlamentarischer Geschäftsführer acht Jahre lang das Magdeburger Modell mitgestaltet. Dabei gelernt, wie man einen politischen Interessensausgleich herstellt, millionenschwere Landeshaushalte verhandelt, Tabus bricht und an deren Stelle Neues setzt. 2004 Fraktionsvorsitzender der Fraktion DIE LINKE geworden. Op-

position so verstanden und ausgeübt: etwas für die Menschen im Land durchsetzen, ohne die Macht zu haben. Kluge und gute Vorschläge unterbreitet, die sich an den Bedürfnissen und Hoffnungen der Bürgerinnen und Bürger orientieren. Immer Politik für Menschen gemacht und für ein Land, das diesen Menschen mehr als Aufenthaltsort sein soll.

Dieser Mann will und kann Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt werden. Warum sollte man ihn wählen?

Weil er eine Idee hat

»Wir wollen im Land eine gute Lebensqualität für alle erreichen, die heute und in Zukunft hier leben wollen. Wir werden eine innovative Wirtschaft entwickeln, die durch gute Arbeit und Kreativität gekennzeichnet

ist. Wir werden soziale Gerechtigkeit herstellen und Vorreiter einer inklusiven Gesellschaft mit einem beispielhaften Bildungssystem sein. Wir werden für die Städte und die ländlichen Regionen eine Perspektive erarbeiten.«

Weil er Mut zur Umkehr hat

»Der Staat hat sich aus seiner Verantwortung für die öffentliche Daseinsvorsorge zurückgezogen, stattdessen einseitig auf schnelle Schuldentilgung orientiert. Wir werden den Abbau öffentlicher Leistungen stoppen und umkehren. Schrumpfungspolitik ist keine Lösung, weil sie die menschlichen und unternehmerischen Potenziale aus dem Land vertreibt. Auch für uns soll Neuverschuldung kein Thema sein. Aber einem Land, das in den vergangenen zehn Jahren nur zwei Prozent Wirtschafts-

wachstum aufweisen kann, fehlt es offensichtlich an Kompetenz. Wir können Wirtschaft und werden das unter Beweis stellen.«

Weil er klare Ansagen macht

»Wir beenden die Strategie des Billiglohlandes und werden uns für Flächentarife und Arbeitnehmervertretungen in den Betrieben starkmachen und Gewerkschaften unterstützen. Wir stehen für Förderung des Wirtschaftsstandortes statt Subventionierung einzelner Unternehmen. Wir werden die Kommunen stärken, statt sie auszuhungern und am Gängelband zu führen. Wir wollen die Macht, um den Kommunen Gestaltungsspielraum zu geben.«

Wulf Gallert ist bereit für den politischen Wechsel. Und dieser politische Wechsel wird die Stagnation beenden.



Hass aus Bequemlichkeit

Gespräch mit den Theatermachern Matthias Brenner und André Bückler über die Kraft des Widerstandes, den Wert von Kultur und den Umgang mit Menschen in Not. **Seite 7**



Kurswechsel für gute Bildung!

Ein Plädoyer von
Thomas Lippmann und
Matthias Höhn. **Seite 8**

Den Wirtschaftsstandort fördern!



Zwei Parlamentarische Untersuchungsausschüsse befassen sich zurzeit im Landtag mit fragwürdigen Praktiken bei der Vergabe von Fördermitteln. Eine der wesentlichen Ursachen für die Fördermittelskandale ist das Fehlen wirklicher Strategien, wohin sich unser Land entwickeln soll. DIE LINKE im Landtag Sachsen-Anhalt formuliert schon seit Jahren ihr politisches Ziel, den Wirtschaftsstandort zu fördern statt Unternehmen zu subventionieren.

Bei einem Gespräch, das ich kürzlich mit Unternehmern in Bitterfeld führte, brachte es der Inhaber von drei Einzelhandelsgeschäften auf den Punkt: »60 Prozent der vom Bund zur Verfügung gestellten Fördermittel flossen in den letzten Jahren an ganze 20 Antragsteller. Diese Fördermittel unterstützen die Großen, die in Konkurrenz zu den Kleineren stehen. Nehmen Sie lieber das ganze Geld und stecken es in eine kostenfreie Kinderbetreuung und Ausbil-

dung, dann haben wir alle mehr davon.« Sicher, Fördermittel lassen sich nicht einfach anders verwenden, aber die Botschaft ist: Ohne Bildungsgerechtigkeit, ohne ausreichendes Personal in der öffentlichen Verwaltung, in Schulen und bei der Polizei, ohne attraktive Kulturangebote, ohne öffentlichen Personennahverkehr, ohne Breitband wird sich die Wirtschaft Sachsen-Anhalts nicht vom Fleck bewegen.

Wulf Gallert

PREISRÄTSEL

Eine Reise ins Europäische Parlament, ein Besuch des Deutschen Bundestages und ein Wochenende zu zweit in Thüringen zu gewinnen.
Letzte Seite

Argumente gegen Vorurteile

»Schule marode, Straßen kaputt, Schwimmbad geschlossen: Seit Jahren kein Geld in der Stadt, und jetzt sollen noch Flüchtlinge integriert werden?«
 Es stimmt, in vielen Städten und Gemeinden verrottet die öffentliche Infrastruktur. Seit Jahren wird nicht mehr ausreichend investiert. Doch das hat nichts mit den Flüchtlingen zu tun. Dass die Kassen vieler Kommunen leer sind, ist geradezu unvermeidlich, wenn Steuern für Reiche und Konzerne gesenkt werden und Steuerflucht nicht wirksam bekämpft wird. Wir sagen: Den Luxus, die wirklich Reichen nicht steuerlich an der Finanzierung des Gemeinwesens zu beteiligen, können wir uns nicht länger leisten.

»Die meisten fliehen gar nicht vor Krieg, sondern sind Wirtschaftsflüchtlinge, die es auf unsere Sozialleistungen abgesehen haben.«

Nach wie vor sind Terror, Krieg, Verfolgung die häufigsten Fluchtursachen. Fluchtrouten sind meistens sehr gefährlich. Niemand nimmt dieses Risiko nur deshalb auf sich, um hier Sozialhilfe zu beziehen. Flüchtlinge aus den Balkanstaaten sind sehr häufig Sinti und Roma. Zu ihnen sagt der Europarat: »Sie leben in extremer Armut. Dinge, die andere Menschen für selbstverständlich halten, werden ihnen verweigert: Schul- oder Arztbesuch, Arbeit, angemessener Wohnraum.« Sie sind rassistischer Verfolgung ausgesetzt. Die Bundesregierung hat im Herbst weitere Balkanländer als sicher eingestuft, unter anderem den Kosovo. Der ist so sicher, dass dort noch immer die Bundeswehr vor Ort sein muss.

»Flüchtlinge bekommen so viel Geld, dass sie sich sogar Smartphones leisten können.«

Flüchtlinge erhalten nach der Erstaufnahme bis zum 15. Aufenthaltmonat mit 287 Euro deutlich weniger als Hartz IV. Handys werden häufig bereits mitgebracht und sind für Flüchtlinge kein Symbol für Wohlstand, sondern oft das einzige Mittel, um zum Beispiel mit der Familie zu Hause in Kontakt zu bleiben oder mit Familienmitgliedern, die auf der Flucht an unterschiedlichen Orten gestrandet sind.

»Wer soll denn die Versorgung all der Flüchtlinge bezahlen?«

Zehn Milliarden wird die Bundesregierung bis zum Ende des Jahres 2016 für Flüchtlingspolitik ausgeben. Rund 317 Milliarden Euro im Jahr betragen die Ausgaben der Bundesrepublik 2016 insgesamt. Gleichzeitig entgehen dem Staat jährlich rund 100 Milliarden Euro durch Steuerflucht. Eine Steuer auf Vermögen über 1 Million Euro würde den öffentlichen Kassen 80 Milliarden Euro Einnahmen bringen, damit wäre ein Sofortprogramm in Höhe von 25 Milliarden Euro finanzierbar.



Europa muss helfen. Wir müssen helfen!

Bevor die Menschen kamen, sah man die Bilder. Zehntausende Jesiden bangten im Sommer 2014 um ihr Leben und drohten, im Sindschar-Gebirge zu verdursteten und zu verhungern. Dschihadisten zerstörten die Stätten des Weltkulturerbes aus vorislamischer Zeit. Um die kurdische Stadt Kobanê begann ein erbitterter Kampf. Doch erst einen Sommer später erreichte der Krieg wirklich Europa. Mit der Zahl der Flüchtlinge werden die Verheerungen in Syrien und im Irak wirklich klar. Tausende sind jetzt auf gefährlichen Wegen auf der Flucht. Sie suchen endlich Sicherheit und einen friedlichen Alltag, nach Monaten oder gar Jahren in Flüchtlingslagern,

ohne Perspektive für ein neues Leben, ohne Schule für ihre Kinder, ohne die Möglichkeit, den eigenen Lebensunterhalt zu verdienen. Europa muss helfen. Wir müssen helfen.

Dies sehen zum Glück viele Menschen in Deutschland genauso. Hilfsorganisationen und Wohlfahrtsverbände leisten mit großem Engagement dringend notwendige Arbeit. Wir meinen aber auch, staatliche und ehrenamtliche Hilfe muss besser koordiniert werden. Statt aufwändiger »Asylgipfel« sollte eine »Ständige migrationspolitische Konferenz« eingerichtet werden, in der Fachleute und Ehrenamt, migrantische Selbstorganisationen und staatliche

Strukturen verzahnt werden. Gesellschaft verändert sich – auch durch Zuwanderung und auch in Sachsen-Anhalt. Erstmals seit vielen Jahren kommen mehr Menschen ins Land als fortgehen. Das ist durchaus eine Chance. Und die wollen wir nutzen. Die Menschenrechte sind universell, sie gelten für jede und jeden. Willkommenskultur muss für alle da sein – wer als Asylbewerber ausgegrenzt wird, fühlt sich auch als Asylberechtigter nicht willkommen. Dezentrale Unterbringung in Wohnungen bleibt für uns ein wichtiges Ziel. In der momentanen Situation sollte dabei unser Augenmerk auf besonders Schutzbedürftige wie allein reisende Frauen und

Kinder gerichtet sein. Den Alltag der Geflüchteten wollen wir entbürokratisieren, dazu gehören die Einführung der Gesundheitskarte und Servicestellen für Integration in den kommunalen Verwaltungen.

DIE LINKE steht an der Seite aller Mutigen und Engagierten und für eine Willkommenskultur. Rassistische Angriffe und Diskriminierung müssen konsequent verfolgt und geahndet werden. Gehen Sie wählen und verhindern Sie mit Ihrer Wahl den Einzug rassistischer und rechtspopulistischer Parteien in den Landtag! Angstmache und Vorurteile brauchen nicht auch noch die Bühne des Parlaments zu ihrer Verbreitung.



Lieber Wulf,

in ein paar Wochen wird in Sachsen-Anhalt ein neuer Landtag gewählt. Du bist im April 2015 von Deinem Landesverband als Ministerpräsidentenkandidat nominiert worden, und inzwischen läuft der Wahlkampf auf vollen Touren. Dein Terminkalender wird überquellen, der Tag ist eigentlich immer zu kurz, die Nacht sowieso. Wir kennen das beide, und wir wissen voneinander, dass wir die Kraft für solche Herausforderungen haben.

Übers Regieren muss ich Dir nichts erzählen, Du weißt, wie es ist, Verantwortung für die Entwicklung des Landes zu tragen. Das »Magdeburger Modell«, die Tolerierung einer SPD-geführten Minderheitsregierung durch die PDS, war 1994 für die einen eine Sensation, für die anderen ein Skandal. Die Zusammenarbeit hat acht Jahre lang gute Politik für Sachsen-Anhalt hervorgebracht. Und diese Zeit hat Dich nachhaltig geprägt.

Du weißt, regieren ist kein Selbstzweck, sondern es geht immer um konkrete Verbesserungen für die Menschen im Land. In Sachsen-Anhalt beginnt nun der Prozess, den wir in Thüringen bereits erfolgreich umgesetzt haben. Bevor unsere rot-rot-grüne Koalition die Arbeit aufgenommen hat, gab es vor allem in den Medien viele Debatten. Viele wollten uns erzählen, dass das nicht geht, etwas Neues anzufangen, weil noch nie ein Dreierbündnis erfolgreich regiert habe. Inzwischen haben wir erfolgreich das Gegenteil bewiesen. Rot-Rot-Grün in Thüringen hat gezeigt, dass unsere drei Parteien sehr

gut zusammenarbeiten können. Und bei allem Stolz auf unseren schönen Freistaat möchte ich behaupten: Was Thüringen kann, kann Sachsen-Anhalt auch!

Wir haben in Thüringen viele wichtige Reformprojekte umgesetzt oder auf den Weg gebracht. Nach jahrelangen Debatten hat Thüringen endlich ein Bildungsfreistellungsgesetz, wir haben den Verfassungsschutz reformiert, solidarische Haushalte ohne neue Schulden aufgestellt und wie versprochen im ersten Jahr 500 neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt. Auch Ihr habt vor, die Bildung zu stärken, schon zum Schuljahr 2016/17 mindestens 350 neue Lehrkräfte einzustellen und auf gar keinen Fall weitere Stellen abzubauen. Bildung ist eine richtige und wichtige Investition in die Zukunft, die sich auszahlt!

Lieber Wulf, Ministerpräsident ist kein Job wie jeder andere, man muss das leben. Du willst das, und Du kannst das, davon bin ich fest überzeugt.

Dein Bodo Ramelow

»Nie die Arbeit im Wahlkreis vernachlässigen«

Mit Hans-Jörg Krause, Sprecher für Agrarpolitik und ländliche Entwicklung in der Fraktion DIE LINKE. im Landtag, sprach Sabine Rönnefahrt

Über 25 Jahre im Landtag – welche Erinnerungen hast du an die Anfänge deiner Arbeit?

Am 28. Oktober 1990 fand die Konstituierung des Landtags im ehemaligen Speisesaal der Kaserne in Dessau statt. Ich war sehr aufgeregt und voller Spannung, wie sich dieser Tag und die künftige Arbeit im Landtag gestalten wird. Es war ein würdiger Festakt, dennoch haben ich und meine Fraktionskolleginnen und -kollegen gespürt, dass wir wie die Aussätzigen beäugt wurden. In den ersten Monaten im Landtag – oder besser in der ersten Legislaturperiode – habe ich die Erfahrung gemacht, dass auch in einer Demokratie Recht und Gerechtigkeit oftmals zweierlei sind, und wie leicht es sich manche Menschen machen können, ihre Vergangenheit und ihre Verantwortung einfach über Bord zu werfen, um dann in einem neuen Gewand Politik zu machen. Ja, es war auch eine Zeit der inneren Anspannung, der Ungewissheit, aber auch des solidarischen

Zusammenrückens meiner Fraktion im Landtag gegen die immer wiederkehrenden Anfeindungen von Abgeordneten der CDU, FDP und der SPD. Mit Opposition beginnt Veränderung, diese Erfahrung aus der Wendezeit hat mich in den ersten Jahren meiner Arbeit im Landtag politisch geprägt und vor allem darin bestärkt, nie locker zu lassen, die Rechte der Menschen in den neuen Bundesländern im Einigungsprozess einzufordern.

Auf welchen Gebieten hast du inhaltlich im Landtag gearbeitet?

Die ersten Jahre brachten für viele Menschen im Land, ob in der Familie oder bei der Arbeit, große Umwälzungen mit sich. Auch wenn die Freude dominierte, wurde mit großer Sorge, Unsicherheit und Angst in die Zukunft geschaut. Nicht nur in der Altmark, im ganzen Land wurden die Tore von Betrieben, wie der Zuckerfabrik, des Chemiewerks oder der Pumpenfabrik, für immer geschlossen,

und über 250 000 Menschen wurden durch die Treuhandpolitik arbeitslos. In der Landwirtschaft begann ein riesiger wirtschaftlicher und rechtlicher Umgestaltungsprozess. Am schwierigsten war die Klärung vieler offener Vermögensfragen. Und das Schlimmste war, dass die Politik es sich zu einfach gemacht hat. Sie stülpte bundesdeutsches Recht einfach dem gewachsenen Recht aus DDR-Zeit über, und dadurch entstand viel neues Unrecht. Diese und noch viele andere Themen bestimmten unsere inhaltliche Arbeit im Landtag. Seit 1990 bin ich Mitglied des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und war in der fünften Legislaturperiode Ausschussvorsitzender. Über viele Jahre war ich Mitglied im Finanzausschuss, im Petitionsausschuss und in verschiedenen zeitweiligen Untersuchungsausschüssen. In der jetzigen Legislaturperiode arbeite ich auch im Umweltausschuss.



Du kandidierst nicht mehr für den Landtag. Was gibst du den Kandidaten deiner Partei und den Mitgliedern im neugewählten Landtag mit auf den Weg?

Bei aller parlamentarischen Arbeit: Nie die Arbeit im Wahlkreis vernachlässigen. Vor Ort sein, sich den Fragen der Wähler stellen und Ehrenamt, Bürgerinitiativen, aber auch kommunale Arbeit unterstützen. Wichtig ist auch, dass man

sich bei allen Entscheidungen und Gesetzesinitiativen im Landtag immer die Frage stellt, welche Folgen sind damit für die Menschen vor Ort, für die Kommunen, in denen die Menschen leben, verbunden. Ob in der Opposition oder in Regierungsverantwortung – Beharrlichkeit und Ausdauer waren und sind mir immer wichtig, aber auch Kompromissbereitschaft, wenn es um Lösungen in Sachfragen geht.

Plädoyer für den Erhalt kleiner Grundschulen

Um über dieses Thema zu diskutieren, muss der Begriff »kleine Grundschule« neu definiert werden. Heute kann man darunter jene Schulen verstehen, die die Mindestzahl von 60 erfüllen oder gerade die Zahl von 80 Schülerinnen und Schülern erreichen.

Seit der Wende geht es in Sachsen-Anhalt in der Bildungspolitik hin und her. Ein kontinuierliches Arbeiten an den Schulen fällt dabei schwer. Die Kinder stehen nicht im Mittelpunkt, obwohl gerade bei ihnen unsere Zukunft liegen sollte. Es wird gespart, gespart und gespart. Die »schwarze Null« ist der Götze, der angebetet wird. Seit Jahren fehlen neue Lehrerinnen und Lehrer sowie pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, und in vie-

len Schulen sind seit der Wende keine neuen Lehrkräfte eingestellt, stattdessen Leerstellen über Abordnungen älterer Kolleginnen und Kollegen aufgefüllt worden. An vielen Grundschulen ist die Mehrzahl des Personals zwischen 50 und 65 Jahre, so dass in den kommenden 15 Jahren alle heute Lehrenden in Rente gehen. An einer Grundschule sollte genug Personal und für jede einzelne 1. Klasse ein pädagogischer Mitarbeiter vorhanden sein. Über das Landesförderprogramm muss von Seiten der Träger ständig das räumliche Konzept verbessert werden. Nach wie vor ist es wichtig, dass die Träger miteinander kommunizieren, um dem Grundsatz »Kleine Füße – kurze Wege« gerecht zu werden. Es bringt uns allen we-

nig, wenn kleine Kinder morgens schon eine Stunde mit großen Bussen viele Kilometer durchs Land kutschieren werden. Außerdem ist das wenig nachhaltig und letztlich auch teuer. Im ländlichen Raum und vor allem in der Altmark ist dies eine besondere Herausforderung. Es sollten also auch kleine Grundschulen auf dem Land, in den Dörfern, erhalten werden, zumal der bauliche Zustand heutzutage meist gut ist. Zahlvorgaben sollten als Orientierung, nicht als Dogma gesehen werden. So könnten mehrere kleine Schulen als Kooperations- bzw. Schulverbund geführt werden, als eine Art Betriebsteil. Der Schülerverkehr wird ja sowieso durch den Landkreis organisiert und übrigens auch bezahlt.

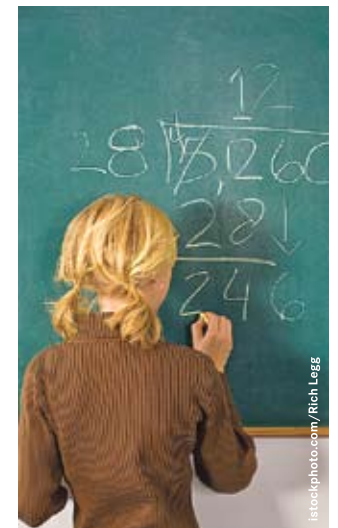
An kleineren Grundschulen kann die Arbeit mit den Kindern erfolgreich sein, weil

- die Individualität der Kinder besser gefördert werden kann
- Stärken, Schwächen, Begabungen und Talente schneller erkennbar sind
- die Elternhäuser bekannt sind und auf Probleme schneller reagiert werden kann
- die Besonderheiten der Kinder in der gesamten pädagogischen Arbeit (Unterricht, Hort, Arbeitsgemeinschaft ...) wirksam beachtet werden können und in der Region (über Vereine oder z. B. Programme in der Öffentlichkeit) gesteuert und ausgebaut werden können
- Lernpatenschaften und Hilfe untereinander besser zu organisieren sind; ebenso die Hilfe der Großen für die Kleineren
- regionale Projekte besser angenommen werden, wenn Eltern und Kinder in der Region leben
- an kleineren Schulen ein besseres Verhältnis zwischen Pädagogen und Schule herrscht.

Außerdem bedeutet eine Schule im Ort auch, dass die Schülerinnen und Schüler in den Vereinen aktiver sind und mit vielfältigen kulturellen Beiträgen das Dorfgemeinschaftsleben positiv beeinflussen.

Wenn wir alles dem Geld überlassen, sterben unsere Dörfer weiter aus.

Angelika Scholz



Was Schülerinnen und Schüler wollen

Der Landtag wird regelmäßig von Schülergruppen besucht. In den Diskussionen wird deutlich, welche Erwartungen diese Kinder und Jugendlichen an die Arbeit der Abgeordneten haben, welche Vorstellungen sie damit verbinden, dass andere, gewählte Menschen, für sie Politik machen. Was erwarten sie also vom neuen Landtag?

- Mehr Disziplin bei den Abgeordneten während der Landtagssitzungen
- kein Parteienzoff, sondern respektvoller Umgang miteinander
- mehr Zusammenarbeit in Sachfragen
- Schaffung von Perspektiven für pädagogische Mitarbeitende an Schulen
- Bürgernähe nicht vernachlässigen.



Bildungs-fahrten

Der Kreisverband DIE LINKE des Altmarkkreises Salzwedel bietet seit 2010 Mitgliedern und Sympathisantinnen und Sympathisanten Bildungsreisen zu geschichtsträchtigen Orten Deutschlands an. Ziele waren bisher:

- 2010** Weimar und Besuch der Gedenkstätte Buchenwald
- 2011** Hamburg und die Thälmann-Gedenkstätte
- 2012** Dresden und das Porzellanmuseum Meißen
- 2013** das Außenlager Dora in Nordhausen und Quedlinburg
- 2014** Schwerin und die Gedenkstätte in Wöbbelin und die Theodor-Körner-Gedenkstätte
- 2015** Cottbus und eine Kahnfahrt durch den Spreewald sowie ein Besuch des Freilichtmuseums Lehde.

Für dieses Jahr laufen die Planungen.

Wir können Wirtschaft, und wir werden das Land voranbringen

Interview mit Andreas Höppner, Direktkandidat für den Wahlkreis 1 – Salzwedel

Was bewegte Sie zu Ihrer Kandidatur zur Landtagswahl 2016?

Bereits 2010 wurde ich gefragt, ob ich nicht für den Landtag kandidieren möchte. Damals antwortete ich darauf noch mit einem klaren Nein. Ich hatte als Betriebsratsvorsitzender und Gewerkschafter in einem der größten Betriebe der Altmark noch vieles zu erledigen. Das hatte ich meinen Kolleginnen und Kollegen versprochen, und so was halte ich auch. Trotzdem kam ich bald darauf mitten in der Landespolitik an. Bereits seit 2009 bin ich im Landesvorstand unserer Partei und seit 2011 auch stellvertretender Landesvorsitzender. Ich gebe zu, der Virus Politik hat mich befallen. Es reizt mich und es macht mir Freude, für meine Stadt, mein Dorf, die Altmark und ihre Menschen, für ganz Sachsen-Anhalt Dinge zu gestalten und an Entscheidungen mitzuwirken. Insofern ist bei mir die Überzeugung gereift, dass jetzt, nach vielen Jahren der ehrenamtlichen Arbeit und nachdem ich in Beruf und Politik viele Erfahrungen sammeln konnte, der richtige Zeitpunkt gekommen ist.

Sie sind in der Kommunalpolitik sehr aktiv als Stadtrat in Gardelegen, als 2. stellvertretender Kreistagsvorsitzender und auch als Ortsbürgermeister Ihres Heimatdorfes Kloster Neuendorf. Wie bekommen Sie das alles unter einen Hut?

Da gibt es sogar noch mehr. Ich bin z. B. auch Vorstandsmitglied der Berufsgenossenschaft Nahrungsmittel und Gastgewer-

be. Das sind alles Ämter und Aufgaben, die mein Leben in den letzten Jahren doch deutlich geprägt haben. Ich habe sehr viele positive Erfahrungen gemacht, aber auch negative. So z. B., dass man nicht mehr Herr über seinen Terminkalender ist. Viele Funktionen und Aufgaben ergänzen sich aber gegenseitig, und es kommt zu Synergieeffekten. So habe ich als Stadtrat und Ortsbürgermeister gute Möglichkeiten, gerade anstehende Themen und Probleme direkter anzubringen oder sogar zu regeln. Die Tätigkeit als Ortsbürgermeister macht mir übrigens aktuell am meisten Spaß. Man hat zwar nicht mehr viele Entscheidungsspielräume, aber hier passiert noch Kommunalpolitik direkt vor Ort. Da behält man die sogenannte Bodenhaftung, und die Leute sagen mir dann auch sehr direkt, was sie von dieser oder jener Entscheidung halten. Das ist mir sehr wichtig.



Und was ist aktuell am wichtigsten?

Jetzt heißt es, unser Wahlprogramm zum Leben zu erwecken.

Welches Bild sollen die Wählerinnen und Wähler von einer linken Landespolitik bekommen?

Meine Antwort lautet: Für die Wählerinnen und Wähler soll DIE LINKE. Sachsen-Anhalt die Partei für gute Arbeit und eine starke und gerechte Wirtschaft sein. Der Erhalt und die Schaffung existenzsichernder Arbeitsplätze und einer sich selbst tragenden wirtschaftlichen Entwicklung in Sachsen-Anhalt sind wesentlicher Teil unseres Verständnisses von einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik. Ein wirtschaftliches Nullwachstum, wie es die aktuelle Landesregierung hingelegt hat, ist nicht gut für unser Land. Wie es übrigens besser funktionieren kann sehen wir z. B. in Brandenburg unter Rot-Rot oder auch in Thüringen unter Rot-Grün. Dort, wo wir den ersten linken Ministerpräsidenten stellen. Ohne gute Arbeit in erfolgreichen Unternehmen können wir in Sachsen-Anhalt keinen Erfolg haben, ohne gute Bildung in Sachsen-Anhalt wird es weder genügend Fachkräfte noch mutige und weitsichtige Unternehmerinnen und Unternehmer geben.

Glauben Sie, dass die Wählerinnen und Wähler Ihnen und Ihrer Partei das Thema Wirtschaft und gute Arbeit zutrauen?

Die Wählerinnen und Wähler

trauen uns schon zu, dass wir für eine gerechte Verteilung sorgen. Sie können uns aber auch zutrauen, für neue Jobs und gute Arbeit in einer gesunden Wirtschaft zu sorgen. Dieses Thema schreibe ich mir direkt auf die Fahne für meine zukünftige Arbeit im Landtag.

Mit Andreas Höppner sprach Sabine Rönnefahrt.



Andreas Höppner

- 1968 in Gardelegen geboren
- Wohnort: OT Kloster Neuendorf, Gardelegen
- verheiratet, drei Kinder
- Maschinen- und Sicherheitsingenieur
- Mitglied des Betriebsrates Fricopan Back GmbH Immekath
- Vorstandsmitglied der Berufsgenossenschaft Nahrungsmittel und Gastgewerbe
- Stellvertretender Landesvorsitzender DIE LINKE. Sachsen-Anhalt
- Ortsbürgermeister Kloster Neuendorf
- Stadtrat Hansestadt Gardelegen
- Mitglied des Kreistages

Quiz

Fragen zum Altmarkkreis – wer kennt sich aus?

1. Wie viele Grundschulen haben wir im Altmarkkreis?

A: 23 B: 26 C: 29

2. Wie hoch sind die jährlichen Ausgaben (in Millionen Euro) des Altmarkkreises?

A: 109 B: 150 C: 175

3. Wie viele Kilometer Kreisstraße hat der Altmarkkreis?

A: 511 B: 663 C: 898

4. Wie viele Menschen leben im Altmarkkreis?

A: 101 000
B: 90 500
C: 86 300

5. Wie groß (km²) ist der Altmarkkreis?

A: 2 293
B: 2 486
C: 2 534

6. Wie viel Prozent der Fläche des Altmarkkreises sind Wald?

A: 35 B: 30 C: 25

Zu gewinnen:

Unter Ausschluss des Rechtsweges werden Überraschungpreise ausgelost.

Lösung bitte bis zum 13. März 2016

einsenden an: DIE LINKE. Kreisvorstand Altmarkkreis Salzwedel Große Sankt Ilsenstraße 14 29410 Salzwedel

Sozial und solidarisch – über 1,2 Millionen Euro an Spenden ausgeschüttet

1995 wurde der Solidarfonds der damaligen PDS-Fraktion gegründet. Grund war die Schere zwischen eigenem Anspruch und politischer Wirklichkeit. Es wurde auf die Tatsache reagiert, dass man die Erhöhung der Abgeordnetendiäten im Parlament zwar ablehnte, sie aufgrund der Mehrheitsentscheidungen jedoch bekam. Seitdem zahlen die Abgeordneten, so auch der Abgeordnete Hans-Jörg Krause, einen Teil ihrer Diäten als Spende in einen gemeinsamen Solidarfonds ein. Zuerst waren es monatlich 500 DM, die später auf 300 Euro erhöht wurden. Durch die monatlichen Einzahlungen konnten die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE bilanzieren, dass über 1.200.000 Euro Spenden an über 2 000 Projek-

te überreicht werden konnten. So wurden in den zurückliegenden 20 Jahren vielfältige sozial engagierte Projekte im Altmarkkreis gefördert. Kinder und Jugendliche, Menschen mit Behinderungen, das Engagement gegen Rechtsextremismus, Gleichstellungs- und kulturelle sowie sportliche Projekte standen dabei immer im Fokus. Unter anderen konnten sich das Frauen- und Kinderhaus, die Familienhilfe des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, die Volkssolidarität, verschiedene Sportvereine, Aktion Musik, der Jugendclub Hanseat, das Mehrgenerationenhaus, mehrere Jugendfeuerwehren, der Hilfs- und Solidarfonds des Kreisfeuerwehrverbandes, der Förderverein der Mahn- und Gedenkstät-

te Feldscheune Isenschnibbe, der Jugendweihverein, mehrere Schulklassen bei der Durchführung von Klassenfahrten, verschiedene Bürgerinitiativen, die Aktion »Körbe gegen Gewalt« und viele andere Projekte im Altmarkkreis über die fi-

nanzielle Unterstützung freuen. Der Solidarfonds der Landtagsfraktion DIE LINKE wird auch weiterhin nicht nur symbolisch dafür stehen, dass sich die Fraktion und ihre Abgeordneten nicht mit der sozialen Spaltung im Land abfinden werden.



Unsere Kommunen müssen endlich wieder Luft zum Atmen bekommen!

Ich kämpfe im Wahlkreis 2 (Gardelegen – Klötze – Kalbe) um Ihre Stimme



Wir benötigen in Sachsen-Anhalt eine solide finanzielle und wirtschaftliche Ausstattung der Kommunen und Kreise. Dafür braucht es vor allem die Konsolidierung der Kommunalhaushalte. Alle Bürgerinnen und Bürger müssen die Chance haben, bei der Gestaltung der Haushalte mitzuwirken. Finanzielle Mehreinsparungen auf kommunaler Ebene müssen gestoppt werden. Radikale Einnahmeverluste als Folge einer verfehlten Steuerpolitik und der Sparpolitik durch die jetzige Landesregierung von CDU und SPD haben

die Grundlage der öffentlichen Daseinsvorsorge erschüttert. In den letzten Jahren wurden vom Bund und besonders vom Land immer mehr Aufgaben auf die kommunale Ebene übertragen, das Geld aber wurde nicht im erforderlichen Umfang bereitgestellt.

So gab es über Jahre eine Verschiebung innerhalb der Haushalte zulasten der freiwilligen Aufgaben – eben der Aufgaben, die kommunale Selbstverwaltung ausmachen. Problematisch ist vor allem, dass viele Städte und Gemeinden, aber auch

Landkreise in Sachsen-Anhalt hoch verschuldet sind. Einnahmequellen und Sparmöglichkeiten sind ausgereizt.

Umso mehr müssen die Verwaltungen sparen, vor allem in sozialen und kulturellen, also freiwilligen Bereichen. So wird in der Jugendarbeit, bei der Seniorenversorgung, bei den Museen und den Bibliotheken immer mehr Qualität und Quantität eingebüßt.

Hier möchte ich gegenüber dem Bund und dem Land die notwendige Ausfinanzierung der Aufgaben einfordern, damit die Lebensqualität gesichert und eine weitere Abwanderung aus unserem Bundesland gestoppt wird. Bei der Vergabe von Ausschreibungen sollte nicht nur nach dem günstigsten Anbieter geschaut werden. Alle Ausschreibungen müssen auf Realleistungen und auf das Mindestlohngesetz hin geprüft werden.

Ein Mindestlohn von 8,50 Euro ist dabei längst nicht ausreichend, wenn man bedenkt, dass man erst ab einem Mindestlohn von 12 Euro nicht mehr Gefahr läuft, in Altersarmut zu verfallen. Gute Arbeit soll auch gut bezahlt werden.

Der ländliche Raum muss gestärkt werden, indem man den Mittelstand und die Infrastruktur weiter ausbaut und dadurch

auch Arbeits- und Lebensperspektiven für junge und ältere Menschen schafft.

Deshalb möchte ich mich am 13. März 2016 um Ihre Stimmen bewerben. Stärken WIR gemeinsam unsere Heimat, die Altmark, die von der jetzigen Landesregierung kaputtgespart wird.

Hochachtungsvoll
Kay Grahmann



Kay Grahmann

- 1988 in Gardelegen geboren
- Wohnort: Kalbe (Milde)
- ledig
- Anlagenmechaniker SHK
- Stellvertretender Vereinsvorsitzender Anglerverein Kalbe (Milde)
- Mitglied Landesvorstand DIE LINKE. Sachsen-Anhalt
- Stellvertretender Ortsbürgermeister Kalbe (Milde)
- Stadtrat Kalbe (Milde)



Agrarstrukturgesetz verhindern!

Die Landesregierung hat auf Drängen der LINKEN im Landtag und vieler landwirtschaftlicher Unternehmen den Entwurf eines Agrarstrukturgesetzes zurückgezogen. Nach den Landtagswahlen will sie einen neuen Entwurf vorgelegen. Das muss verhindert werden. Denn das, was die Landesregierung mit diesem Gesetz vorhatte, war alles andere als ihr immer wieder erklärtes Ziel: nichtlandwirtschaftliche Investoren, die landwirtschaftliche Flächen für sich als lukrative Geldanlagemöglichkeiten entdeckt haben, vom Acker zu jagen. Mit diesem Entwurf stellte sie durch die Einführung von Flächenobergrenzen gewachsene und von einer breiten Dorfbewölkerung getragene und akzeptierte Betriebs- und Agrarstrukturen infrage. Genossenschaften und andere Gemeinschaftsunternehmen sollten damit in ihrer Entwicklung beschnitten werden. Betroffen wären Unternehmen, die durch ihre wirtschaftliche Vielfalt die höchste Wertschöpfung aufweisen und die meisten Arbeitsplätze im ländlichen Raum vorhalten. Unternehmen, die vertrauensvoll mit den vielen kleinen Grundeigentümern und Verpächtern im ganzen Dorf zusammenarbeiten. Mehr noch, es sind gerade die Unternehmen, die durch ihr genossenschaftliches und gemeinschaftliches Betriebsklima beste Voraussetzungen zur Förderung der dörflichen Gemeinschaft, von Kindergärten, Schulen, Vereinen und anderen sozialen Projekten besitzen. Der Entwurf weckt Erinnerungen an den in den 90er Jahren herrschenden Geist derer, die bei der Konstruktion des Landwirtschaftsanpassungsgesetzes mit ihren Bemühungen gegen die Entwicklung genossenschaftlicher Strukturen in der Landwirtschaft nicht zum Zuge kamen.

Medizinische Versorgung im ländlichen Raum

Wesentliche Säulen der medizinischen Daseinsvorsorge im ländlichen Raum sind funktionierende und leistungsfähige Hausarztpraxen, Krankenhäuser der Basisversorgung sowie der Rettungsdienst.

In der hausärztlichen Versorgung ist, auch bei sinkenden Einwohnerzahlen, von einer Zunahme des Behandlungsbedarfes auszugehen, der aus einer älter werdenden Bevölkerung mit verbesserten Behandlungsmöglichkeiten einerseits und dem Wegzug Jüngerer andererseits erwächst. Der Wegzug der Jungen führt zu Problemen in Mobilität und Versorgung der Älteren. Vor diesem Hintergrund benötigen wir mittelfristig eine Professionalisierung der Assistenzberufe mit dem Ziel, im Rahmen von Teampraxen eigenständig und verantwortlich Aufgaben in der Betreuung von Patientinnen und Patienten zu übernehmen. Erfolgreiche Modelle wie die »Versorgungsassistentin in der Hausarztpraxis – VERAH« sollten bereits in der Ausbildung der medizinischen Fachangestellten verankert werden.

Politisch motivierte Fehlversorgung muss zugunsten einer ge-

meindeorientierten medizinischen Versorgung, die von allen beteiligten Berufsgruppen gemeinsam getragen wird, beendet werden.

Die Krankenhäuser im ländlichen Raum müssen finanziell so abgesichert sein, dass ausreichend Personal zu angemessenen Löhnen beschäftigt werden kann. Die zunehmende, vorrangig in der Leistungsabrechnung nach DRGs begründete Arbeitsverdichtung im Krankenhaus muss gestoppt werden. Gleichzeitig muss dem Spezialisierungsdruck zu Lasten der breiten Basisversorgung die ökonomische Grundlage entzogen werden – kurz: Mittelfristig dürfen fachlich breit aufgestellte Basisversorger nicht mehr ausschließlich nach Fallpauschalen (DRG) bezahlt werden. Dies kann durch Strukturpauschalen erreicht werden. Zudem ist zu fordern, dass das Land endlich seinen Investitionsverpflichtungen nachkommt, die in den letzten Jahren erheblich vernachlässigt wurden.

Der Rettungsdienst ist gut ausgestattet. Aktuelle Herausforderungen sind die Ausbildung der Notfallsanitäter als neues Berufsbild. Hierzu bedarf es zügig

einer Verwaltungsvorschrift des Sozialministeriums zur Handhabung des Notfallsanitätergesetzes. Darüber hinaus duldet die Frage der Verlegung von Intensiv-Patienten zwischen den Krankenhäusern (Interhospitaltransfer) sowie die Akutverlegung von Patienten, die in den Basishäusern nicht angemessen versorgt werden können (z. B. Herzinfarkt-Patienten in Krankenhäusern ohne Herz-

katheter), keinerlei Aufschub. Mit Inkrafttreten des Rettungsdienst-Gesetzes am 1. Januar 2013 waren diese Lücken bereits offensichtlich. Eine Klärung ist überfällig. Die Rückführung dieses Regelungsbereiches ins Ministerium für Soziales wäre also wünschenswert und hilfreich.

Dr. med. Ilja Karl,
Hausarzt



Vor Ort und verlässlich

Mitglieder und Sympathisanten der LINKEN engagieren sich in ihren Ortschaften, Gemeinden und Städten sowie in vielen Vereinen und Verbänden, die das gesellschaftliche Leben im Altmarkkreis bestimmen. Seit der Wahl am 25. Mai 2014 ist DIE LINKE im Altmarkkreis Salzwedel mit 45 Mandatsträgerinnen und -trägern in den Kommunen vertreten. Sie stellt neun Kreistagsmitglieder, 24 Stadträte, ein Verbandsgemeinderatsmitglied sowie acht Ortschaftsratsmitglieder und drei Gemeinderatsmitglieder. Zudem wurde Andreas Höppner in Kloster Neuendorf 2015 als Ortschaftsbürgermeister gewählt.

Bewährt hat sich, dass die Abgeordneten, Stadt- und Gemeinderäte mit sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern zusammenarbeiten.

In vielen Vereinen, Organisationen, Verbänden und Initiativen sind Mitglieder und Mitstreiter der Partei DIE LINKE ehrenamtlich tätig und helfen damit ganz persönlich, die soziale, kulturelle und sportliche Infrastruktur sowie die Daseinsvorsorge in den Gemeinden vor Ort mit Leben zu erfüllen.

Viele von ihnen engagieren sich in Ortsgruppen der Volkssolidarität und sind aktiv in Vorständen eingebunden. Ob in Arendsee oder in Diesdorf, das Ortsgruppenleben der Volkssolidarität wird maßgeblich durch ihr Engagement bestimmt. Sie ist nicht nur für die älteren Bürgerinnen und Bürger da, sie leistet Hilfe für Menschen, die Hilfe brauchen, weil sie mit den Alltagsproblemen nicht mehr allein fertig werden.

Oft unterschätzt, aber zwingend notwendig ist auch ihre Arbeit im Frauen- und Kinderhaus e. V., in Sport-, Angel-, Traditions-, Heimatvereinen oder verschiedensten Fördervereinen sind Mitglieder der Partei DIE LINKE aktiv. Engagiert arbeiten sie in Ortsfeuerwehren und stehen an vorderster Front bei der Erfüllung ihres Ehrenamtes.

Sabine Rönnefahrt



Bitte unterstützen Sie uns.
DIE LINKE. Landesverband
Sachsen-Anhalt
Deutsche Bank, IBAN:
DE09 8107 0024 0118 8259 01
Verwendungszweck: SPENDE



Mobilität und Belastung

Ob alt oder jung, wer in unserer Region nicht mobil ist, ist arm dran. Die Jüngsten merken es schon: Der Tag beginnt sehr früh, um in die Kita bzw. in die Schule zu gelangen. Die Berufstätigen pendeln jeden Tag auf den Straßen zur Arbeitsstelle, was viel Zeit und Geld kostet. Ein Besuch des Hausarztes bzw. Facharztes wird auch immer schwieriger.

So bewegen sich die Altmärker täglich auf den Straßen mehr oder weniger schnell. Denn auf einigen Strecken ist ein Vorwärtskommen nur in langem Autocorso möglich. Andere in Richtung West oder Ost haben es mit kurvigen Straßen und vielen Ortsdurchfahrten zu tun. In den Orten der alten Hanse-route wird durch den überregionalen Transitverkehr zusätz-

lich die Belastung in Form von Lärm und CO₂-Ausstoß erhöht. Die neue Autobahn behebt die Problematik nicht. Wir benötigen ein nachhaltiges Konzept für eine zukunftsfähige Mobilität für alle, damit sich die Lebensbedingungen nicht weiterhin verschlechtern.

Darum unsere Forderungen an die neue Regierung:

- Hauptstrecken entsprechend dem Bedarf ertüchtigen
- ausreichende Finanzierung zur Unterhaltung des Straßennetzes
- Einflussnahme zur Optimierung des Warenflusses (Verlagerung auf die Schiene)
- Erhaltung eines bezahlbaren öffentlichen Nahverkehrs.

Michael Rieke

»Ehrenamt – einfach ein Muss für mich«

Siegfried Winkelmann, viele Jahre Vorsitzender des Ortsverbandes der Partei DIE LINKE in Arendsee, schrieb über sein Ehrenamt in der Volkssolidarität, die 2015 ihr 70-jähriges Bestehen feiern konnte:

»Nach Beendigung meiner beruflichen Tätigkeit zog ich im Jahre 2000 mit meiner Frau in den Luftkurort Arendsee. Ich trat in die bestehende Ortsgruppe der Volkssolidarität ein, um schnell in Kontakt mit den Bürgern zu kommen. Nach kurzer Zeit übernahm ich die Funktion des Hauptkassierers, einige Zeit später wählte man mich in den Ortsvorstand, und 2003

übernahm ich den Vorsitz des Ortsvorstandes Arendsee. 2014 bin ich zum Beiratsvorsitzenden des Regionalverbandes Altmark gewählt worden.

Den gesellschaftlichen Stellenwert der Volkssolidarität konnten wir in Arendsee kontinuierlich ausbauen. Über die Jahre engagierte sich die Gruppe in verschiedenen sozialen Projekten wie z.B. im Hilfswerk »Kinder von Tschernobyl«. Dafür wird am Mühlentag von den Mitgliedern Kaffee gesponsert sowie ein Kuchenbasar durchgeführt und der Erlös wird dem Hilfswerk zur Verfügung gestellt. Das Geld dient auch der

finanziellen Unterstützung von Kindergartenkindern bei der Absicherung der Mittagsversorgung. Eine wichtige Rolle spielt in der Ortsgruppe die Durchführung der Haus- und Straßensammlung.

2014 trat ich nicht mehr für den Landesvorstand der Volkssolidarität an, aber um mich weiterhin in die Arbeit der Volkssolidarität einbringen zu können, stellte ich mich zur Wahl für den Beirat im Regionalverband Altmark. Hier bin ich bemüht, die Arbeit des Regionalverbandes zu unterstützen bzw. ihm beratend zur Seite zu stehen. Die Arbeit in der Volkssolidarität

macht mir auch nach 15 Jahren noch sehr viel Freude. Hier erhalte ich Anerkennung und kann diese auch weitergeben. Ich wünsche mir für die Ortsgruppe neue Mitstreiter und ein langes Bestehen der Volkssolidarität.«



Aus der Linksfraktion im Kreistag

Nach der Wahl ist vor der Wahl – nie hat dieser Spruch so gestimmt wie in den letzten Jahren. Wir werden auch diesmal unser Bestes geben. Wir, das sind neben vielen anderen die Mitglieder der Fraktion DIE LINKE im Kreistag des Altmarkkreises Salzwedel.

Ein Rückblick auf das Jahr 2014 sei gestattet. Da wurde in unserem Kreis der Kreistag neu gewählt. Unsere Zielstellung lautete 19 Prozent plus X, und das haben wir erreicht. Erstmals lagen wir mit 22,15 Prozent vor der SPD, waren damit die zweitstärkste Fraktion und konnten die Zahl unserer Sitze von acht auf neun erhöhen.

Und so sind wir aufgestellt:

- Wir sind in allen Regionen vertreten.
- Wir sind eine gute Mischung aus relativ jung und noch nicht alt.
- Wir können auf Erfahrungen aus 20 Jahren in der Kommunalpolitik zurückgreifen.

- Zu uns gehören sieben Parteimitglieder und zwei Sympathisanten, und
- wir kommen aus den Bereichen Gesundheit und Soziales, Bildung, Landwirtschaft, Gewerkschaft.

Wir sind in dieser Wahlperiode unserem Motto »100 % sozial« treu geblieben und werden uns auch künftig dafür einsetzen,

- dass die wenigen uns verbliebenen freiwilligen Aufgaben nicht bis auf null Euro gekürzt werden
- dass Migrantinnen und Migranten, Asylbewerberinnen und -bewerber und deren Kinder nicht nur untergebracht, sondern integriert werden
- dass keine weiteren Schulen geschlossen werden, und
- wir werden dagegen kämpfen, dass Jahr für Jahr Baumaßnahmen der öffentlichen Hand erheblich teurer werden als geplant. Als Beispiel für 2014 sei der Turhallenneubau am Jahn-Gymnasium genannt.



Mit der Landtagswahl am 13. März 2016 hoffen wir auf ein Wahlergebnis, das eine linksgeführte Regierung möglich macht. Auch wenn von dieser Wunder vollbracht werden können, gehen wir davon aus, dass die Verbesserung der Kommunal Finanzen als Priorität gesetzt wird. Die gegenwärtige Finanzausstattung reicht bei weitem nicht, um die übertragenden Pflichtaufgaben und

die vielen notwendigen freiwilligen Aufgaben zu finanzieren.

Es muss Schluss damit gemacht werden, dass Kommunalpolitiker, Bürgermeister und Landräte nur als Sparkommissare betrachtet werden. Zum Mitgestalten gehört auch finanzieller Spielraum.

Gabriele Gruner
Vorsitzende der Fraktion
DIE LINKE im Kreistag

Hass aus Bequemlichkeit

Ein Gespräch mit Matthias Brenner, Intendant des Neuen Theaters in Halle, und André Bückner, bis 2015 Generalintendant des Anhaltischen Theaters in Dessau



2013 haben in Sachsen-Anhalt Tausende gegen die von der Landesregierung geplanten Kürzungen bei der Kultur protestiert. Wie steht es heute um die Kultur im Lande?

André Bückner: Es ging ja nicht nur um Kunst und Kultur, es ging auch um die Bildungslandschaft, die Wissenschaft, die Hochschulen. Das ist etwas gewesen, das eine seltene Einigkeit hergestellt hat. Wenn ich mich erinnere, mit wie vielen Menschen wir hier auf dem Universitätsplatz in Halle waren, mit Studenten, Theaterleuten, Museumsleuten, Bibliotheksleuten. Und ich habe in der Zeit auch immer gesagt: Das ist der Rohstoff des Landes – Kultur, Bildung, Kunst, Wissenschaft. Das zählt auch heute noch und müsste in die Zukunft entwickelt werden. Was könnte man schaffen, wenn man diese Leute liebe und ihnen Möglichkeiten gäbe.

Matthias Brenner: Wir können es nur von zwei Seiten ändern. Es muss in der Bevölkerung eine Begehrlichkeit geben. Und es muss, wenn es einen Machtwechsel geben sollte, einen Politikwechsel, auch eine Befähigung geben, eine Atmosphäre zu schaffen, in der sich ein

Land selber am Kragen und am Hosenboden gleichzeitig aus der Scheiße ziehen kann. Da ist so viel Potenzial. Eine Stadt in dieser Größenordnung kenne ich nicht, die so ein kulturelles, künstlerisches Potenzial hat wie Halle. Das finde ich enorm spannend, aber man belässt es im Prinzip dabei und setzt die Spirale nach unten ein. Wir sind mit einem Sumpf zu vergleichen, und die Erdanziehungskraft zieht uns nach unten, da können wir machen, was wir wollen. Und wenn wir es leisten können, dagegenzuhalten, uns immer wieder miteinander herauszuziehen, dann haben wir was geschafft. Dann können wir auch duschen gehen.

Im unlängst vorgelegten Landeskulturkonzept der Fraktion DIE LINKE im Landtag Sachsen-Anhalt spielen Bildung, der Kontakt von Kindern zur Kultur eine große Rolle. Wie wichtig ist da das Theater?

André Bückner: Vor 20 Jahren hatten das die Theater noch nicht so richtig erkannt, da war von Vermittlungs- oder Bildungsarbeit kaum die Rede. Mittlerweile gibt es kein Theater mehr, das sich nicht theaterpädagogisch engagiert, rausgeht in

die Stadt, in die Schulen, aber auch ran an die Lehrer. Wir haben 2014 in Dessau in über 400 Veranstaltungen 16 000 Kinder über die theaterpädagogischen Programme erreicht. Das sind schon enorme Zahlen, besonders in Städten, in denen es viele Probleme gibt, gerade im Hinblick auf Gewaltprävention, zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechts.

Matthias Brenner: Wir hatten eine Weihnachtspremiere hier im Neuen Theater. Da sitzen die Kinder drin und begegnen als erstes einem Teufel und seinem Sohn, der geprüft wird. Und plötzlich halten die zu dem Kleinen. Die halten zu einem Teufel, die Fünfjährigen. Das ist so großartig, wie sie der ältesten Theaterfigur mit diesem Widerspruch begegnen und einen Exkurs darüber erfahren, was Ewigkeit heißt und was Eis heißt und was ein Splitter bedeutet im Herzen. Und dass die Umwelt erkalten kann, wenn man dem Teufel nicht begegnet ist, um dagegen anzutreten.

Sehr häufig wird an der Kultur gespart. Ein Vorwurf lautet, sie rechne sich nicht.

André Bückner: Kultur »rechnet« sich natürlich nie oder nur dann, wenn alle Kosten auf die Eintrittspreise umgelegt würden. Dann kostet eine Eintrittskarte 250 Euro, und dann können wir uns ja ausrechnen, wie viele Leute sich das leisten können. Das kann ja nicht die Kultur sein, die wir wollen. Öffentlich geförderte – und ich sage bewusst nicht subventionierte, sondern öffentlich geförderte – Kultur ist etwas, das im öffentlichen Interesse der Gemeinschaft ist. Diese Kultur muss eine möglichst niedrige Zugangsbeschränkung auch über die Preise haben. In London kommen Sie kostenlos in jedes Museum. Das finde ich fantastisch! Dort hat man erkannt, dass die Kultur wertvoll, ein Wert an sich ist.

Matthias Brenner: »L'art, c'est de l'argent« hat Michel Piccoli mal gesagt – Kunst ist Geld, Kunst kostet kein Geld, Kunst ist Geld. Das kannst du zum Fenster rauswerfen, es kommt in Manteltaschen wieder herein. Wenn ich mit Studenten auf dem Uni-Platz rede, weiß ich, dass die nicht alle ins Theater gehen, aber sie sind ganz wesentliche Transmitter. Dieser Uni-Platz ist eingeklamert von zwei Theaterhäusern – vom Opernhaus und von uns. Das ist ein unglaublich hohes Gut, weil es ein Thema ist. Das sind Bleibegründe in einer Region, Gründe, in einer Stadt, in einer Kommune miteinander leben zu wollen. Und da muss man aufpassen, dass man die Krankenhäuser nicht abwirt-

schafft, die Universitäten, die Kultureinrichtungen. Als letztes schließen dann die Kneipen. Das wissen die wenigsten. Und dann kann man sich nicht mal mehr kollektiv besaufen.

Das Thema Flüchtlinge polarisiert im Moment wie kein anderes und verschafft der AfD gerade im Osten enormen Zulauf. Was ist zu tun?

André Bückner: Wir müssen, um überhaupt zu irgendeiner Lösung kommen zu können, weg von dieser furchtbaren Angstkultur, die wir im Moment überall vorfinden. Mit Angst kann man nichts Konstruktives machen. Angst ist eine schlimme Waffe. Vor kurzem hieß es, man müsse Angst haben, auf den Weihnachtsmarkt zu gehen, weil sich dort eingesickerte Flüchtlinge als ISIS-Kämpfer enttarnen und in die Luft sprengen. Da wird ein Länderspiel abgesagt, und keiner weiß, warum. Man muss bei dem Flüchtlingsthema die Leute mit

geschürt. Das ist einfach Hass aus Bequemlichkeit.

Matthias Brenner: Genau deswegen sage ich ganz öffentlich: Ich bin an einem Politikwechsel in Sachsen-Anhalt interessiert. Nicht nur, weil ich hier Kultur- und Kunstschaffender bin, es hat bei mir auch eine instinktive Komponente, dass wir eine Riesenchance versäumen, wenn wir das konservieren, was da ist. Da gibt es nichts zu konservieren. Es ist nämlich nicht allzu viel da. Es ist ganz viel Kredit in Lebenslust verbraucht, und es ist ein hohes Gut, ein hohes Glück, dass man neben allem Hass, den man erleben muss, mit einer empathischen Ader ausgestattet ist. Und die kann man jetzt umsetzen. Das fällt vielen schwer, ich will sie nicht kleinreden, die Konflikte, die es in den Kommunen gibt. Aber einfach zuzumachen, dichtzumachen, zu sagen, wir bauen uns noch eine Armee um Europa, das ist der Tod, und das ist der gewählte Tod, das ist der



den Alternativen konfrontieren. Gregor Gysi hat in der Bundespressekonferenz die Frage gestellt: »Was wollen Sie machen, wollen Sie die Leute alle erschießen? Das ist die zentrale Frage, darauf fällt alles zurück. Auf die Frage, ob wir an unseren Grenzen auf Menschen schießen wollen, die zu uns kommen, um sich zu retten. Diese Frage müssen wir für uns klären. Und wenn es in Deutschland tatsächlich eine Mehrheit dafür gibt, dass wir an unseren Grenzen auf Menschen schießen, die vor Gewalt flüchten, dann wandere ich aus. Wer von uns erlebt denn schon eine Beeinträchtigung seines Lebens? Wer lebt denn jetzt schlechter, wo ein paar Hunderttausend Flüchtlinge da sind? Sind Lebensmittel rationiert, sind Autobahnen gesperrt worden? Wird man nicht mehr behandelt im Krankenhaus? Kriegt man sein Arbeitslosengeld nicht mehr? Nichts dergleichen! Dieses Land funktioniert. Und es würde auch mit noch mehr Menschen weiter funktionieren. Das ist doch gar nicht die Frage. Doch es wird mit Verlustängsten gespielt und Hass

bestellte Tod! Das sind Killer, die engagiert werden müssen, um andere Menschen abzudrängen, auch billigend den Tod anderer in Kauf zu nehmen. Und das bestellen wir per Scheckkarte. Wir haben überhaupt nicht so viel auf dem Konto, um das zu bestellen. Das geht einfach nicht. Und deshalb sage ich ganz klar, hier gehört ein Politikwechsel her.

Wenn die Bundesregierung nicht ernsthaft beginnt, die Fluchtursachen wirksam zu bekämpfen, die Weltprobleme ernsthaft anzugehen, werden sie täglich verschärfter zu uns kommen, bis sie unbeherrschbar sind. Natürlich, Frau Bundeskanzlerin, können Sie das nicht allein. Das erwartet auch niemand. Aber was bereiten Sie eigentlich auf den G-7-, G-8- oder G-20-Gipfeln? Warum drängen Sie nicht darauf, wirksam gegen Krieg, Hunger, Not, Elend, Armut und Rassismus vorzugehen?
Gregor Gysi im Deutschen Bundestag



